Als Unternehmerin befürworte ich die Initiative No-Billag. Das heutige System mit Zwangsgebühren und einer dominierenden, unbeweglichen und ineffizienten SRG ist zu reformieren. Unter dem Deckmantel der objektiven Berichterstattung produziert die SRG am Markt vorbei und lässt sich dies auch noch fürstlich entschädigen. 1'200 Millionen Franken an Gebühren gehen in den Topf der SRG. 6000 Mitarbeiter verzeichnen einen Durchschnittslohn von 107'500 Franken. Dies ist weit mehr als die meisten Gebührenzahlenden für ihre Arbeit erhalten. Der Generaldirektor verdient sogar deutlich mehr als ein Bundesrat. Zudem sind alle Mitarbeiter der SRG von der Gebühr befreit. Und die viel zitierten Privaten Anbieter? Lediglich 68 Millionen Franken stehen einer kleinen Gruppe vom Bundesrat ausgewählter Privatsender zu.

No-Billag ist nicht wie behauptet das Ende des Service public. Es ist auch nicht das Ende der objektiven Berichterstattung - im Gegenteil. Verzichten die Zeitungen in der Schweiz auf objektive Informationen, nur weil sie nicht mit Zwangsgebühren finanziert sind? Ist es nicht viel mehr so, dass die Zwangsgebühren zu einem riesigen Moloch geführt haben? Gehören 17 Radio- und 7 Fernsehsender, 13 Websites, 108 Facebook-, 54 Twitter- und 32 Instagram-Accounts sowie 42 YouTube-Kanäle wirklich zum Service public? Stehen diese nicht viel mehr in Konkurrenz mit den privaten Anbietern, die sich selber finanzieren müssen und auch ihren Beitrag an den Service public leisten?

Die SRG versucht ihre Pfründe mit aller Macht zu erhalten. Die Diskussion über den Umfang und die Finanzierung des Service public wurde über Jahre vom Bundesrat und der SRG verweigert. Auch im Parlament wurde abgeblockt. Es hiess den Vorstoss um Senkung der Gebühr auf CHF 200 nicht gut. Zu guter Letzt hat nun der Bundesrat die Gebühr vor der Abstimmung von Franken 451 auf Franken 365 gesenkt. Er verschenkt Zückerli, weil er kalte Füsse bekommen hat. Vorher wollte man keine Diskussion, keine Gebührensenkung und nachher kann man plötzlich die Kosten bzw. Gebühren um 19 % senken. Ist das glaubwürdig? Entspricht dies einer exakten Kalkulation? Die Grundsatzdiskussion um den Service public ist aber mit der Gebührensenkung nicht abgetan. Dem Volk bleibt nur eine Möglichkeit: Mit einem Ja zur Initiative gibt es der Politik den Auftrag, eine gute Lösung für die Gesamtbevölkerung zu finden.

Auch das Gebührensystem ist nicht fair. Als Unternehmerin bezahle ich einerseits für unseren Privathaushalt und andererseits für den Betrieb. Dies obwohl meine Mitarbeitenden während ihrer Arbeit auf dem Bau oder in der Holzverarbeitung weder Fernsehen noch Radiohören können. Mit der heute sehr ernst zu nehmenden Arbeitssicherheit ist keine Ablenkung geduldet, andernfalls drohen hohe Bussen der SUVA. Die Unternehmen werden etwa mit 200 Millionen Franken zur Kasse gebeten ohne durchwegs von der Leistung Gebrauch zu machen. Also bezahlen die Betriebsinhaber doppelt. Unsere Kunden würden eine Rechnung nie doppelt bezahlen.

Die Beiträge sind dabei nicht gering. Je nach Grösse bezahlen Unternehmen bis zu 36'000 Franken pro Jahr. Ein KMU bezahlt deutlich über 1'000 Franken. Die KMU befinden sich ohnehin schon in einem enormen Druck aus dem Ausland und leiden unter dem Hochpreisland CH. Nochmals eine Zwangsabgabe macht es sicher nicht einfacher.

Bei einem Ja zur Initiative, steht der Service public oder die SRG nicht vor dem Aus. Viel mehr kommen der Bundesrat und die SRG unter Druck. Die Diskussion muss dann endlich geführt werden. Wettbewerbsverzerrungen von Seiten der Anbieter und Doppelzahler gehören abgeschafft. Folglich ist eine Abspeckung unumgänglich. Weniger ist mehr - legen Sie deshalb ein JA in die Urne.

Angela Lüthold

Kantonsrätin und
Präsidentin SVP Kanton Luzern